

Zur Kommunalwahl 2019

Wir brauchen die

Kommune der Zukunft:

- stark
- sozial
- solidarisch

„Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.“ Der alte Spruch gilt auch für Städte, Gemeinden und Kreise. Hohe Einkommen und Gewinne müssen endlich wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heran-gezogen werden. Wir erwarten, dass sich Kommunalpolitiker_innen in der eigenen Partei, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit nachdrücklich dafür einsetzen, auch so die kommunalen Steuereinnahmen zu erhöhen.

Die Gebühren für Bürgerinnen und Bürger zu steigern oder Leistungen abzubauen, ist keine Alternative.

Gute Arbeit, also tariflich bezahlte, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, erwarten wir von den Kommunen und Kreisen

- als Arbeitgebern
- als Kriterium für die Auftragsvergabe
- als wesentliches Kriterium kommunaler Wirtschaftsförderung.

Kommunen der Zukunft fördern ein solidarisches Miteinander, durch Angebote und Beteiligung.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf zwei zentrale Themen, die alle angehen: Wohnen und Mobilität.

Wohnen

Wohnungsbau ist in allen Kommunen wieder Thema – gut so!
Aber die jahrelangen Versäumnisse werden immer deutlicher:
In Baden-Württemberg fehlen ca. 70.000 neue Wohnungen pro Jahr.
Rund 3.000 Wohnungen fallen pro Jahr aus der Mietpreisbindung. In den letzten Jahren entstand aber nicht einmal ein Viertel der notwendigen neuen Sozialwohnungen.

Das traurige Ergebnis: Nicht nur große Probleme, eine Wohnung zu bekommen, sondern auch erhebliche Mietpreissteigerungen.
In Ulm muss fast ein Drittel der Mieter_innen mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete aufbringen. In Reutlingen sind es sogar 43 %.
In Ravensburg sind die Mieten von 2014 – 2018 um fast 23 % gestiegen, ebenso in Singen. Und im Landkreis Konstanz um fast 30 %. (Quelle: empirica-systeme)

Bürgerinnen und Bürger mit **mittleren und unteren Einkommen** müssen stärker in den Fokus rücken.

Dazu müssen **Kommunale Wohnungsgesellschaften** auf- und ausgebaut werden; sie können den öffentlichen und sozialen Wohnungsbau am Besten gewährleisten.
Gleichzeitig muss die kommunale Wohnungspolitik gemischte Quartiere zum Ziel haben, in denen Menschen in Vielfalt und Gemeinschaft leben.

Genossenschaften und **gemeinschaftliche Wohnbauprojekte**, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum anbieten, müssen gefördert werden,.

Der Erwerb von Wohneigentum kann durch günstigeres Bauland erleichtert werden: Wenn Kommunen Bauland mit **Erbpacht** bereitstellen, verringern sich die Grundstückskosten, insbesondere innerstädtisch.

Baugrund darf **kein Spekulationsobjekt** sein!

Das Bundesverfassungsgericht stellte am 12.01.1967 fest:

„Die Tatsache, daß der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.“

Dies sollte auch eine Richtschnur für Kommunen hinsichtlich unbebauter Grundstücke innerhalb von Gemeinden sein. Wenn Eigentümer nicht bauen und nicht verkaufen wollen, ist Druck erforderlich.

Die Kommunen sind gefordert, ausreichend Wohnraum mit regulären Mietverträgen und – wenn nötig – Betreuung für **Wohnungslose** bereitzustellen, damit jede/r ihrer Bürgerinnen und Bürger menschenwürdig leben kann.

Mobilität

Eng mit der Wohnsituation verknüpft ist die Mobilität – wer keine Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes findet, muss pendeln. Für diejenigen, die den PKW nutzen müssen, heißt das neben Zeitaufwand und Kosten zusätzlich: Stress und Unfallgefahren.

Mehr ÖPNV-Angebote

... sind dringend notwendig. Wir fordern Verbesserungen hinsichtlich Zeittakt, Bedienung auch geringer nachgefragter Strecken, Bequemlichkeit, Pünktlichkeit. Und das bedeutet: Mehr Geld für den ÖPNV. Denn verlässlicher und verbesserter ÖPNV kostet mehr. Warum?

Ein besseres Angebot funktioniert nur mit **mehr Personal**. Und für gutes Personal braucht es insbesondere:

- Gute tarifliche Bezahlung für die Fahrerinnen und Fahrer,
- Faire Arbeitsbedingungen, z.B. ausreichende „richtige“ Pausen

- Schichtregelungen, die die Vereinbarkeit mit dem Familienleben verbessern (wenig unbezahlte Zeiten während der Schicht).

Bei **Ausschreibungen** im ÖPNV durch die Kommunen müssen diese und weitere Standards für die Qualität des Verkehrs und die Arbeitsbedingungen feststehen – sonst gewinnt nicht der Beste, sondern der, der seine Beschäftigten am schlechtesten bezahlt.

Zudem sollten Kommunen und Kreise eine verbindliche Mindestausbildungsquote bei den Unternehmen einfordern, um Fachkräfte im Nahverkehr zu gewinnen.

Attraktive, verbundübergreifende Tarife im ÖPNV müssen gefördert werden.

Pendler_innen brauchen auch sichere, gut ausgebaute **Fahrradwegnetze**. Die Kommunen sind aufgefordert, dies durch Kooperation auch über längere Distanzen sicherzustellen. Erforderlich sind ausreichende, geschützte Abstellmöglichkeiten an den Bahnhöfen bzw. Haltestellen.

Wir fordern auch die Kommunalpolitiker_innen auf, sich für die Rückverlagerung des **Güterverkehrs auf die Schiene** einzusetzen. Der stetig zunehmende Güterlastverkehr auf der Straße ist nicht nur klimaschädlich, er erhöht auch Stress und Unfallgefahr für die Pendler_innen. Gleichzeitig sind LKW-Fahrer hinsichtlich der Fahrzeiten stark unter Druck und müssen immer häufiger auf überfüllten, oft ungeeigneten Parkplätzen übernachten.

Verkehrspolitische **Planung** muss die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso berücksichtigen wie die Interessen der Wirtschaft.

Stärken Sie am 26. Mai demokratische Kräfte und Politikerinnen und Politiker, die soziale, gerechte Ziele umsetzen wollen.

DGB Region Südwürttemberg

V.i.S.d.P.: RGF Bäbel Mauch, Weinhof 23, 89073 Ulm

